

Annahme-Bureau:
In Posen
ausgegeben in der Expedition
bei Krupski (G. H. Meier & Co.)
Preisstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Marktplatz, Friedrichstr. 64;
in Grah bei Herrn J. Streifand;
in Frankfurt a. M.
G. L. Dörbe & Co.

Posener Zeitung.

Sechshundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 109.

Das Abonnement auf diese Zeitung mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 6. März
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 3 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, dreigehaltene 6 Sgr., fünf an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer am 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Münch., München, St. Gallen:
Hudolph Klose;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Hanssen & Hagler;
in Berlin:
A. Reimer, Schlegel, 104;
in Breslau: Emil Gabel.

Amtliches.

Berlin, 5. März. Der König hat den Stadtgerichts-Direktor Delius hier selbst und den Kreisgerichts-Direktor Gottschewski in Pissa zu Ober- und Unter-Rathen ernannt.

Dem Reg.- und Baurathe Nothlich ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Stelle des Vorsitzenden der k. Eisenbahn-Direktion zu Kassel definitiv verliehen, der Direktor der hiesigen k. Thierarzneischule, Geh. Med.-Rath, Prof. Dr. Gerlach, zum ord. Mitgliede in das Landes-Veterinär-Kollegium berufen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 5. März. Im Fortzuge der Beratung des Steuerreformgesetzentwurfs wurde von der zweiten Kammer, obwohl sich die Regierung für den Antrag der Minorität der Deputation erklärte, der Majoritätsantrag angenommen, wonach die von der ersten Kammer empfohlene Verbindung der Ertragsteuer mit einer Einkommensteuer für die höhere Steuerstufe als nicht geeignet zurückgewiesen wird. Hierauf wurde der Antrag des Abg. Philipp, welcher die Einführung einer allgemeinen Klassen- und Einkommensteuer an Stelle der Gewerbesteuer und Personalsteuer befürwortet, und einen Theil der Grundsteuer, bei neuer Abschätzung derselben, beibehalten wissen will, mit 43 gegen 30 Stimmen abgelehnt, und demnach gegen 6 Stimmen ein Zusatzantrag des Abg. Streitt angenommen, wonach dem nächsten Landtage ein Gesetzentwurf betreffs prinzipieller Steuerreform, Abstellung der Hauptübelstände des bestehenden Steuersystems und Ermäßigung der Grundsteuer behufs Ausgleichs des etwa erzielten höheren Steuerbetrags vorgelegt werden soll.

Leipzig, 5. März. Der Ausschuss des deutschen Buchdruckervereins hat, da der Strike noch fortbesteht, es also bei der Kündigung zu verbleiben habe, über die Ausführung der allgemeinen Kündigung an die dem Verbands angehörigen Gehilfen für den 8. d. eine neue Bekanntmachung erlassen. Von der Tarifkommission des deutschen Buchdruckervereins hier wurde in einer abgehaltenen Plenarsitzung beschlossen, den der Generalversammlung vorzulegenden Normaltarif auf die Alphabetschreibung zu basiren und als Grundposition für 1000 Buchstaben Fraktur und Antiqua 30 Pfennige Reichsmünze zu normiren — Lokalaufschläge vorbehalten.

Darmstadt, 5. März. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde bei der Beratung über die Vorlage wegen der landständischen Geschäftsordnung der Artikel 19, wonach den einzelnen Mitgliedern des Landtages das Recht der gesetzgeberischen Initiative eingeräumt werden soll, gegen die Stimmen des Prinzen Ludwig und des früheren Ministers v. Dalwig abgelehnt.

Karlsruhe, 5. März. Der Erbprinz von Baden ist am akuten Gelenkrheumatismus erkrankt. Innere Organe sind nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Stuttgart, 5. März. Nach den bisher eingelaufenen Nachrichten über die gestern stattgehabte Reichstagswahl im zweiten württembergischen Wahlkreise ist Professor Mack in Ludwigsburg gegenüber dem früheren Minister von Barnhiller beträchtlich im Vorsprunge. — Oberregierungsath Gaertner ist unter Verleihung des Titels „Rathesrath“ definitiv zum Vorsteher des königlichen Kabinetts ernannt worden. — Nach dem heute über den Krankheitszustand der Königin-Mutter ausgegebenen Bulletin war die Nacht in Folge anhaltender Athmungsbeschwerden sehr unruhig.

Schleifstadt, 4. März. Nach Gerücht ist eine Kompanie Soldaten abgerückt, um dem gemeingefährlichen Treiben der Walfahrer zu den angeblichen Gerüchten Wundererscheinungen Einhalt zu thun.

Wien, 5. März. Die Polen werden morgen bei der zweiten Lesung der Wahlreformvorlage ihre mündliche Austrittserklärung abgeben und den Reichsrath verlassen, ihre Mandate jedoch nicht niederlegen. (Priv. Dep. d. Pos. Btg.)

Paris, 5. März. Bei Besprechung der gestrigen Rede des Präsidenten der Republik haben die republikanischen Blätter hervor, daß die Linke, wenn sie auch gegen die konstituierende Gewalt der Nationalversammlung gestimmt habe, sich dadurch nicht gegen Thiers habe erklären wollen. — Das „Paris Journal“ schreibt, daß eine Kolonne von 400 Mann, bei der sich der General Marquis von Gallifet und der Herzog von Chartres befanden, im äußersten Süden von Algier abgeschritten und von 10,000 Arabern eingeschlossen sei.

Madrid, 5. März. Wenn die Cortes den Antrag auf Suspension nicht annehmen, wird das Kabinet zurücktreten. Die zur Opposition hinneigenden Radikalen wollen heute Nacht einen Beschluß fassen. — Gutem Vernehmen nach soll die konstituierende Versammlung auf den 1. Mai d. J. zusammenberufen und die Wahlen zu derselben am 10. April d. J. vorgenommen werden. Wahrscheinlich wird der Ministerpräsident Figueras bereits in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung die betreffende Verfügung mittheilen. Nach der Annahme des Gesetzes über die Abschaffung der Sklaverei in Portoriko und nach Erledigung der übrigen in Beratung genommenen Vorlagen wird die Versammlung voraussichtlich ihre Sitzungen suspendiren und eine Permanenz-Kommission ernennen.

Lissabon, 4. März. Die Deputirtenkammer nahm heute einen Gesetzentwurf über Abänderung gewisser Eingangs- und Ausfuhrzölle an und genehmigte in geheimer Sitzung einen Zusatzartikel zu dem Handelsvertrage mit Frankreich. Die Auslieferungsverträge mit Brasilien und mit Deutschland gelangten darauf gleichfalls zur Annahme.

Rom, 5. März. Die Kaiserin von Rußland wird am 18. März in Florenz erwartet. — Der Papst hat heute den Herzog Ludwig in Viterbo mit seiner Familie empfangen. — Nach der „Liberta“ entbehrt die Behauptung französischer Blätter, daß die französische Regierung

Dzenne zurückberufen und beschlossen habe, die Verhandlungen wegen des Handelsvertrages zu suspendiren, jeder Begründung; Dzenne habe bereits Konferenzen mit einigen Ministern gehabt.

London, 5. März. Die Genesung des Grafen Bernstorff ist im Fortschreiten begriffen; namentlich macht sich eine Zunahme der Kräfte sichtlich bemerkbar. — Unter dem Vorsitze von Mr. Isaac Butt ist am 16. d. M. im Hyde Park eine Volksversammlung zu Gunsten der Amnestirung der Fenier beabsichtigt. — Der Generalpostmeister Monsell erklärt auf eine Interpellation Wedderburn's, er müsse zugeben, daß die Postverbindung mit Italien über Belgien und Deutschland wenig zufriedenstellend sei. Auf dem Wege über Frankreich stelle sich das Briefporto wegen des hohen Portofabes zwischen Paris und Italien sehr hoch. — Die Bemühungen der Regierung seien darauf gerichtet, die Einlegung eines besonderen Postzuges zu erlangen und würden, wie sie hoffe, zum Ziele führen.

Petersburg, 5. März. Nach dem, dem Reichsrathe vorgelegten, Gesetzentwurf über die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht ist der Postlauf nicht gestattet und die Dienstzeit im Landheere auf einen Dienst von 6 Jahren in der aktiven Armee und 9 Jahren in der Reserve, im Ganzen auf 15 Jahre festgesetzt. Im Flottendienst beträgt die aktive Dienstzeit 7 Jahre und in der Reserve 2 Jahre, im Ganzen 9 Jahre. Diejenigen, welche einen Universitätskursus absolvirt haben, sollen ein halbes Jahr unter dem Gewehr Dienst thun. Als Grenze für die Einberufung der Reservisten ist das 36. Lebensjahr festgesetzt.

Moskau, 5. März. Die „Moskauer Zeitung“ antwortet der französischen „Liberté“, welche sich über die direkte Erbfolge in der Türkei ausgesprochen, dahin gehend, daß Europa kein Recht habe, sich in diese innere Angelegenheit der Türkei zu mischen. Sollte dieses dennoch seitens einer Macht geschehen, so würde sich eine andere finden, welche sie daran verhindern würde, und ein allgemeiner Krieg könnte die Folge sein. (Privatdep. d. Pos. Btg.)

Bukarest, 4. März. Die Deputirtenkammer hat heute den von den Sektionsdelegirten vorgelegten Gesetzentwurf betreffend den Anschluß der rumänischen an die ungarischen Eisenbahnen mit 49 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Honolulu, 5. März. Nach aus Honolulu hier eingegangenen Nachrichten beabsichtigt die Regierung der Hawai'schen Inseln den Perl-Fluß und die gleichnamige Bai in der Nähe von Honolulu an die Vereinigten Staaten von Amerika zur Anlage einer Flottenstation abzutreten.

Washington, 5. März. Die Botschaft, mit welcher der Präsident Grant den Beginn seiner zweiten Präsidentschaftsperiode inaugurirt hat, beginnt mit der Versicherung, daß der Präsident an der Hand der Erfahrung der ersten 4 Jahre seines Präsidentsamtes bestrebt sein werde, die Gesehe im wahren und besten Interesse des Landes zu handhaben und aufrecht zu erhalten. Vor Allem sei die Wiederherstellung der Eintracht, des Kredits, die Hebung und Entfaltung des Handels und der Künste des Friedens ins Auge zu fassen. Grant spricht sodann seine feste Ueberzeugung aus, daß die zivilisirte Welt überhaupt der republikanischen Staatsverfassung zustrebe und daß die große Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika bestimmt sei, der Stern zu werden, welcher anderen Republiken vorleuchte. Eine territoriale Vergrößerung der nordamerikanischen Republik auf dem amerikanischen Kontinente werde eine Vermehrung der militärischen Streitkräfte nicht zur Folge haben, im Gegentheil eine Verminderung derselben mehr erleichtern. Trotz des durch den Bürgerkrieg erreichten Resultates der Emanzipation der Sklaven seien die letzteren doch noch nicht im Besitze der staatsbürgerlichen Rechte, eine Ungerechtigkeit, welche beseitigt werden müsse. Der Präsident erklärt demnach, er werde sein Augenmerk darauf richten, die Eintracht unter den verschiedenen Theilen des Landes wiederherzustellen, den Werth des Papiergeldes mit dem Goldcourse möglichst in vollständiges Gleichgewicht zu bringen, neue Verkehrswege zu eröffnen, freundschaftliche Beziehungen mit den nahen und entfernteren auswärtigen Staaten zu pflegen, den amerikanischen Handel wieder zur vorigen Blüthe und die Fabrikation und Industrie zu neuem Aufschwung zu bringen. Ebenso werde er nicht nachlassen in der Arbeit, durch den Einfluß der Erziehung und des Unterrichtes die indianischen Eingeborenen zu zivilisirten Menschen zu machen; sei dieselbe aber ohne Erfolg, dann sei der Vernichtungskrieg eine Nothwendigkeit. Aber zunächst sei doch die Frage ins Auge zu fassen, wie man die Indianer durch Erziehung und gute Behandlung zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft machen könne. Der Präsident erwähnt demnach den alten Vorschlag, St. Domingo als Territorium der Vereinigten Staaten in die Union aufzunehmen und ist, wie früher, so auch jetzt der Ansicht, daß dies im wohlverstandenen Interesse St. Dominikos und der Vereinigten Staaten liegen würde. Gleichwohl würde für die Zukunft die Frage, ob es sich empfehle, ein neues Territorium in die Union aufzunehmen, nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn dieselbe vom Volke unterstützt werde. Grant theilt nicht die Besorgniß derer, welche in einer territorialen Vergrößerung des Staates eine Schwächung desselben erblicken; bei dem gewaltigen Aufschwunge, welcher auf allen Gebieten des menschlichen Lebens und Verkehrs sich vollziehe, scheine es, als ob Gott die Welt für eine Nation bestimmt habe, welche eine Sprache rede und keiner Armeen und Flotten mehr bedürfe. Schließlich dankt Grant für die große Ehre, die ihm durch die Wiederwahl erwiesen worden und versichert, daß er gleichwohl des Momentes harre, wo er sich seiner hohen Verantwortlichkeit wieder entkleiden dürfe.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 5. März.

DRO. Wie wir nunmehr aus sicherer Quelle vernehmen ist der Präsident der Seehandlung Herr Günter her definitiv jetzt zum Oberpräsidenten in der Provinz Posen in Aussicht genommen. Als sein Nachfolger im Amt als Seehandlungs-Präsident wird in unterrichteten Kreisen der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Witter bezeichnet.

— Das Staatsministerium trat gestern Abend zu einer Berathung bei dem Grafen Noen zusammen. Außer der Wagner'schen Angelegenheit handelte es sich in dieser Sitzung vornehmlich um die Präzisierung der Stellung, welche die Regierung in der Frage der Abschaffung des Zeitungsstempels einnehmen soll.

— Wie man dem „Bör.-C.“ von unterrichteter Seite meldet, ist nunmehr das von dem Geheimen Oberfinanzrath Schubmann gegen Herrn Wagener eingeleitete Strukturalverfahren beendet worden. Da die Anklagen durch die Behauptungen des Herrn Wagener nicht entkräftet worden sind, so wird nunmehr die Disziplinar-Untersuchung gegen den Angeklagten eröffnet werden.

— In der heutigen Versammlung der Droschkenbesitzer gelangte folgendes Schreiben des Handelsministers zur Verlesung:

Berlin, den 4. März 1873.

Die Immediat-Eingabe der Vorstände der Droschkenvereine, betreffend die Einführung des neuen Droschkenbetriebs-Reglements vom 20. Januar d. J. hat des Kaisers und Königs Majestät mit Rücksicht darauf, daß die erhobene Beschwerde zunächst bei mir als dem dem königl. Polizei-Präsidium vorgesetzten Instanz anzubringen gewesen wäre, und daß eine Untersuchung der Beschwerde im Aufschlagswege bisher nicht stattgefunden hat, mir zur Bescheidung zu überweisen geruht. Indem ich die Vorstände der Droschkenvereine hiervon in Kenntniß setze, habe ich Ihnen im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät zugleich zu eröffnen, daß Ihre Beschwerde einer gründlichen Prüfung unterzogen werden wird, daß aber, da eine solche einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, von sämtlichen Betheiligten erwartet werden muß, daß sie sowohl im eigenen, wie im Interesse des öffentlichen Verkehrs ihren Gewerbebetrieb unverzüglich wieder aufnehmen. Sie wollen Vorstehendes sämtlichen Mitgliedern des Vereins mittheilen.

v. J. p. l. g.

Die Versammlung, welche sich dem Wunsche des Kaisers fügen zu müssen glaubte, autorisirte den Vorstand in ihrem Sinne zu handeln, d. h. bis nach beendeter Untersuchung möglichst nach dem alten Tarif fahren zu dürfen. Die Mitglieder des Vorstandes sind sofort in Unterhandlung mit dem Minister und dem Polizeipräsidenten getreten. Jeder einzelne der hiesigen Droschkenbesitzer ist angewiesen worden, sich bereit zu halten, auf eine telegraphische Ordre des Vereinsvorstandes den Betrieb wieder aufzunehmen.

Versailles, 5. März. Thiers, häufig von der Linken heftig unterbrochen, schloß seine Rede unter dem Applaus des Centrum; die äußersten Parteien blieben schweigend. Die Majorität für den Einleitungssatz ist genau dieselbe wie neulich. Als Thiers von Mitwirkung seines edlen Freundes Fabre bei den Friedensunterhandlungen sprach, weinte er vor Rührung. Der Eindruck seiner Rede ist ein allgemeiner. Die zweideutige Situation bleibt dieselbe. (Sp. 3.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 6. März.

— Der Handelsminister hat die Erlaubniß zur Vornahme der allgemeinen Vorarbeiten einer Eisenbahn Gnesen-Pafel-Konitz ertheilt.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Märktisch-Posener Bahn.** Einnahme pr. Februar 1873 49,028 Thlr., gegen 1872 mehr 5355 Thlr. Einnahme bis ultimo Februar 1873 105,986 Thlr., gegen denselben Zeitraum in 1872 mehr 18,362 Thlr.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Neueste Depeschen.

Berlin, 6. März. [Abgeordnetenhaus. Abend-sitzung.] Berger (Witten) zieht den Antrag wegen Diätenerhöhung zurück, hoffend die heute beschlossene Diätenerhöhung werde noch in diesem Jahre Geseh. Das Etatsgesetz wird in dritter Lesung einstimmig angenommen. Morgen kommt Bernards Antrag betreffend die Aufhebung der Zeitungsstempelsteuer zur Verhandlung.

Wien, 6. März. Der Klub der verfassungstreuen Abgeordneten einigte sich bei Anwesenheit von 88 Mitgliedern einhellig dahin, die Beschlüsse des Verfassungsausschusses bezüglich der Wahlreformvorlage bei der morgigen Verhandlung ohne jede Debatte anzunehmen.

Paris, 6. März. Die Nationalversammlung lehnte das Amendement, den Status quo aufrechtzuerhalten, mit 455 Stimmen gegen 89 ab. Der Artikel 1 des Gesetzentwurfs der Dreißig, betreffend die Beziehungen des Präsidenten zur Nationalversammlung, wird mit 389 Stimmen gegen 232 angenommen, die zwei ersten Paragraphen des Artikels 2 ebenfalls. Die Linke ist entschlossen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Madrid, 6. März. Dem Vernehmen nach macht das Ministerium die Suspension der Sitzungen der Nationalversammlung bis zum Zusammentreten einer Konstituante zur Rabinetsfrage. Eine Versammlung von 236 radikalen Deputirten beschloß einstimmig, der Suspension zu opponiren. Die Bureaus der Nationalversammlung wählen heute eine Kommission, welche wahrscheinlich ebenfalls oppositio-nell ist. Man befürchtet einen Straßenkonflikt in Madrid, da die radikalen Republikaner die Auflösung der Nationalversammlung verlangen.

